

AUGE	<i>Konjunkturpaket für Wien</i>
Antrag 10	
Zuweisung	Ausschuss Kommunalpolitik und Regionalpolitik

Grundsätzlich würde das geforderte Volumen eines Konjunkturpaketes ca 0,8 % des gesamten Bruttoinlandsproduktes Österreichs ausmachen. Diese Größenordnung ist von der Stadt Wien allein nicht zu finanzieren und würde zu einer arbeitsplatz- und wirtschaftsschädigenden Verschuldung führen.

Die Forderungen sind teilweise bereits in Umsetzung, wie zum Beispiel das Schulsanierungspaket. Es ist allerdings unrealistisch, ein Zehnjahresprogramm in 2 Jahren abzuwickeln, was sowohl die Finanzierung als auch die technischen Gegebenheiten überfordern würde. Bei den Energietarifen ist zu berücksichtigen, dass eine Reduktion des Erdgaspreises bereits angekündigt wurde. Bei der Diskussion über Tarife und Gebühren ist zu beachten, dass deren Erträge in Investitionen und damit arbeitsplatzschaffende bzw – erhaltende Maßnahmen fließen, die unabdingbare Voraussetzung zur Konjunkturbelebung und daher im ArbeitnehmerInneninteresse sind. Daher entspricht auch die Forderung nach Abschaffung des Valorisierungsgesetzes nicht der AK-Beschlusslage.

Es wird vorgeschlagen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss stimmt dieser Erledigung einvernehmlich zu.